

LOTHAR SPÄTH

Zu den Voraussetzungen zur Schaffung und Sicherung einer humanen Umwelt

Sehr verehrter Herr Präsident, lieber Herr Dr. Theisen, meine Damen und Herren!

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung, mit einem Vortrag den Schlußpunkt der 13. Bitburger Gespräche zu setzen.

Nun will ich nicht verschweigen, daß ich mich bei der Konzipierung dieses Vortrages in einem gewissen Dilemma befunden habe. Wer erst kurz vor Ende einer viertägigen Veranstaltung zu den Teilnehmern stößt, weil ihm die Terminnot eine vollständige Anwesenheit verwehrt, hat gewisse Anknüpfungsschwierigkeiten.

Es ist, als solle an einen fahrenden Zug noch ein Wagen angekoppelt werden – eine Methode, die bei der Bundesbahn aus guten Gründen nicht üblich ist.

Ich habe mich deshalb, nach reiflicher Überlegung und mit Ermunterung durch Herrn Dr. *Theisen*, entschlossen, diesen waghalsigen Versuch gar nicht erst zu unternehmen, sondern mit Absicht das Thema ein Stück weit zu verfehlen.

Die Diskussion der Bedingungen und Grenzen eines gemeinwohlbezogenen Umweltschutzes in der Rechtsordnung mündet bei mir in die allgemeinere Frage, welches denn die Voraussetzungen zur Schaffung und Sicherung einer humanen Umwelt insgesamt, der natürlichen wie der sozialen und kulturellen, sein könnte.

Diese Generalisierung entspringt nicht der schieren Willkür:

Denn je länger ich mich mit dem Themenkomplex Umweltschutz und Gemeinwohl befaße, umso mehr verdichtet sich in mir die Überzeugung, daß in diesem sicherlich nicht spannungsfreien Verhältnis gesellschaftliche Grundmuster angelegt sind, die wir in nahezu allen anderen Lebensbereiche wiederfinden und deren Problematik uns erst allmählich bewußt wird.

So wie wir z. B. im natürlichen Umweltbereich lernen mußten, daß scheinbar kostenlose Güter wie reine Luft und sauberes Wasser bei zu intensiver Beanspruchung auf einmal ihren hohen Preis bekommen, so wird uns diese Erfahrung in den nächsten Jahren im sozialer Bereich bevorstehen. Das öffentliche und für dauerhaft finanzierbar gehaltene Gut einer umfassenden kollektiven Sicherung gerät, infolge Überbeanspruchung, in die volkswirtschaftliche Knappheitszone.

Erhebliche Disharmonien werden die Folge sein. Der Mensch, seiner natürlichen Umwelt entfremdet, seines überkommenen Arbeitsverständnisses beraubt und in seinen sozialen Sicherungserwartungen zutiefst verunsichert, könnte sich plötzlich ohne schützende Systeme wiederfinden. Wie bei einem Schiff, dessen automatische Steue-

rung ausgefallen ist, kommt es dann wieder auf die individuelle Kunst des Navigierens und Kurshaltens, des sich Zurechtfindes, an.

Wer aber befähigt die Menschen, sich in einer hochkomplexen Umwelt zurechtzufinden? Hat uns die Natur selbst dafür gewappnet? Ist es die Politik, die in Form von Geboten und Verboten, von Fördermaßnahmen und Bildungsrichtlinien, die Weichen richtig stellt? Oder haben wir, im Laufe unserer Kulturgeschichte, genügend „Wertkapital“ angesammelt, uns zu orientieren?

Sie sehen, welche Fülle von Assoziationen das auf den ersten Blick eher fachspezifisch erscheinende Thema „Umweltschutz und Gemeinwohl“ bei einem Politiker auszulösen vermag.

Ich hoffe auf Ihr Einverständnis, diesen Assoziationen ein wenig nachgehen zu dürfen – auf der Suche, wie gesagt, nach möglichen Voraussetzungen zur Schaffung einer humanen Umwelt.

Die erste Grundbedingung ist zweifellos, daß wir uns eine Umwelt erhalten, in der Menschen leben können. Daß diese sozusagen kreatürliche Komponente keineswegs selbstverständlich ist, zeigt drastisch das aktuelle Beispiel des Waldsterbens. Aber auch ein Blick in die Geschichte, insbesondere von mittelmeerischen Völkern, lehrt uns, wie sehr sich der Mensch selbst immer wieder durch unbedachte Eingriffe in den Naturhaushalt den Boden für eine befriedigende Existenz entzogen hat.

Der moderne Staat besitzt, im Zusammenwirken mit der Wissenschaft, relativ gute Möglichkeiten, bei ökologischen Bedrohungen dieses Ausmaßes in die Offensive zu gehen. Ich brauche die Maßnahmen – wie Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen und Industrie, Forschungsprogramme zur Klärung noch offener *Wirkungsfragen* usw. – hier nicht im einzelnen darzulegen.

Gleichwohl bleibt zweierlei höchst unbefriedigend:

– Einmal die Tatsache, daß hier erneut nach dem „Feuerwehr-Prinzip“ gearbeitet werden muß, das heißt, der Staat erst massiv in Aktion tritt, wenn die Flammen schon hoch schlagen. – Zum andern die Erkenntnis, daß ein in Wahrheit *internationales Problem* – denn die Hälfte der auf unseren Wäldern abgeladenen Schwefeldepositionen stammt aus dem Ausland – nicht so international angegangen wird, wie dies erforderlich wäre.

Die zentralen politischen Postulate im Bereich des Umweltschutzes heißen daher für mich: Mehr Prävention, mehr Koordination und mehr Internationalismus.

Mehr *Prävention* bedeutet, das gegenwärtig noch sehr starre Raster administrativ – maßnahmebezogener Instrumente allmählich zu überlagern durch die Vorgabe von operationalen umweltpolitischen Zielen.

So wie wir uns ganz selbstverständlich angewöhnt haben, die Finanz- und Haushaltspolitik durch ökonomische Globalsteuerung in den Dienst der wirtschaftlichen Stabilität zu stellen, so werden wir Wege zu einer „Ökologischen Globalsteuerung“ finden müssen, welche die ökologische Stabilität sozusagen bereits systemimmanent sichert.

Das läßt sich mit Geboten und Verboten, obwohl sie lange Zeit noch unverzichtbar sein werden, allein nicht bewerkstelligen. Vielmehr brauchen wir politische Steuerungsmechanismen, die bereits am Ursprung administrativer Planungen im ökologischen

Sinne korrigierend und richtungsweisend eingreifen können. Das Anwendungsfeld hierfür reicht vom Straßenbau bis zur Gewerbeförderung und von der Energieversorgung bis zum Technologietransfer.

Wir müssen außerdem den Mut haben, uns durch bestimmte längerfristige Zielsetzungen – etwa durch die Reduzierung der den Wald belastenden Schadstoffkomponenten um ein bestimmtes Maß – selbst unter Erfolgsdruck zu setzen. Wir haben in Baden-Württemberg sehr gute Erfahrungen mit einem turnusmäßig fortzuschreibenden Umweltqualitätsbericht gemacht, der anhand einer Fülle von Parametern Fortschritte wie Rückschläge im Umweltschutz unbestechlich nachweist.

Mehr *Koordination* – dies bedingt auf der staatlichen Ebene ein höheres Maß an präventiver Abstimmung, im außerstaatlichen Bereich vor allem die bessere Einbindung von Umweltgütern in die marktwirtschaftliche Preisbildung.

Das klassische unkoordinierte Verfahren ist jenes, das bei uns leider noch am häufigsten anzutreffen ist:

Energie-, Ressourcen- und emissionsintensive Produktionen, betriebswirtschaftlich verteuert durch diverse Auflagen und gesamtwirtschaftlich verteuert durch nur schwer zu beseitigende Schadensfolgen in Milliardenhöhe.

Das Ganze geht auf eine höchst verquere Weise in die hergebrachte Berechnung des Bruttosozialprodukts ein, sodaß sich Umweltschäden als wachstumsfördernd und Umweltqualität als kontraproduktiv darstellen.

Genau umgekehrt aber müßte und kann es auch sein, wenn durch Förderung umweltschonender Produktionsmethoden die Vermeidung von Emission quasi zu einem positiven betriebswirtschaftlichen Kalkulationsfaktor gemacht wird.

Die Chance hierzu bietet vor allem der technologische Strukturwandel, auf den ich noch näher eingehen werde.

Denn er prämiert über das Kostennutzenverhältnis gerade die umweltfreundlicheren Verfahren. Gelingt uns diese marktwirtschaftliche Internalisierung von Umweltgütern, so können wir uns in Zukunft eine Menge öffentlicher Mittel sparen – und wir kommen wieder zu einer korrekteren volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die uns nicht weismacht, die permanente Reparatur veralteter Systeme erbringe eine besonders hohe Wertschöpfung.

Die Forderung nach mehr *Internationalismus* beim Umweltschutz schließlich zielt auf das schon angesprochene Phänomen, daß Rauchschwaden sich leider nicht an nationale Grenzen halten. Welch eine Chance wäre es für die europäischen Regierungen, die Jugend von der lebendigen Kraft eines vereinten Europa zu überzeugen, indem das Waldsterben zum Gegenstand eines großangelegten europäischen Forschungsprogramms und einer europäischen Konferenz genommen würde.

Man kann es ja wirklich niemandem verübeln, wenn er angesichts von Fischereikriegen und endlosen Agrarpreisdebatten die Dame Europa inzwischen weniger auf einem göttlichen Stier sitzen als sich unter den Hufen von Schlachtrossen winden sieht. Ich habe deshalb im November den Bundeskanzler brieflich gebeten, die deutsche Präsidentschaft im Ministerrat der EG zu nutzen, um eine konzentrierte europäische Strategie zur Lösung der grenzüberschreitenden Luftfrachten zu erreichen.

Ich bin zuversichtlich, daß als erster Schritt wenigstens ein Richtlinienvorschlag der Kommission zur Luftreinhaltung noch in diesem Jahr dem Rat zugeleitet wird – die Festlegung einheitlicher Emissionsnormen und die Konzeption eines europäischen Forschungsprogramms könnten, darauf aufbauend, weitere Schritte sein.

Ich will meine Überlegungen zum Umweltschutz als politischem Steuerungsproblem an dieser Stelle abbrechen. Gerade wenn es um die humane Dimension unserer Gesellschaftsordnung geht, steht ja weniger der „reine“ Umweltschutz im Vordergrund der öffentlichen Diskussion als vielmehr die moderne Gretchenfrage: Wie hältst Du's mit der *Ökologie*? Ja, es gehört inzwischen zum festen Bestandteil des argumentativen Waffenarsenals der „Alternativen“, den „Etablierten“ ein technokratisches Mißverständnis des Umweltschutzes vorzuwerfen.

Auch die Ökologie hat, wie die Ökonomie, inzwischen ihre Theoretiker und Fundamentalisten, die sich über „naive“ Annäherungsversuche der anderen Seite mokieren, wie ein Leistungsschwimmer über Trockenübungen von Nichtschwimmern.

Ich weiß nicht, ob wir uns dieses Auseinanderdriften auf Dauer leisten können und sollten.

Der Mensch ist ein ökologisches Wesen, das seit seiner Vertreibung aus dem Paradies gewissen ökonomischen Arbeits- und Erwerbszwängen unterliegt.

Er wird dem Zwang zur Synthese beider Pole nicht dadurch entgehen können, daß er nunmehr, nachdem die Industriegesellschaft immer längere Schatten wirft, sich von diesem Teil seiner Geschichte wie von einem bedauerlichen Irrtum verabschiedet.

Wir können und müssen, das ist meine Überzeugung, die Industriegesellschaft in evolutionärer Weise, das heißt durch Fortentwicklung, umstrukturieren, sie vielleicht eines Tages sogar überwinden – aber wir können nicht einfach aufs Land ziehen und warten, bis Gras über die Fabrikrüinen von gestern gewachsen ist.

Wer zur Unzeit *Rousseau* spielt, hinterläßt eben fast zwangsläufig eine Menge Findelkinder im Waisenhaus – gewiß nicht die Form von Humanität, die uns vorschwebt.

Nichtsdestoweniger halte ich viele ökologische Grundgedanken für wichtig und im Sinne eines gesellschaftlichen Fortschritts für unverzichtbar.

Richtig ist z. B. der Denkansatz, sich von konjunkturellen Wirtschaftszyklen und konsumtiven Wachstumserwartungen abkoppeln zu müssen. Er ist deshalb richtig, weil er nichts anderes darstellt als die freiwillige Akzeptanz einer Entwicklung, die ohnehin nicht zu umgehen ist.

Seit die Weltwirtschaft einen bestimmten Intensitätsgrad der Verflochtenheit erreicht und der technologische Fortschritt den Zusammenhang von Produktivität und menschlicher Leistung weitgehend zerstört hat, sind *Keynes*-ianische Auf- und Abschwünge, antizyklische Steuerungen, Kontradieffsche Wellen und wie die Kurven alle heißen, nur noch Wirtschaftsgeschichte.

Zukünftiges Wachstum muß anders definiert, anders gemessen und anders bewertet werden. Die neuen Kriterien hierfür auszuarbeiten und für die Bürger akzeptabel zu machen, ist fast so etwas wie eine Jahrhundertaufgabe für Philosophen, Geistes- und Naturwissenschaftler und Politiker. Auf jeden Fall muß es sich um ein Wachstum mit sehr viel stärkerem immateriellen Wertbewußtsein handeln, als wir es bisher gewohnt

sind – einfach deshalb, weil in den nächsten 20 Jahren viel mehr materielle Güter als heute nicht zur Verteilung bereitstehen werden.

Folgerichtig bemüht sich die ökologische Denkweise auch um ein neues, wie sie es nennt „ganzheitliches“ Selbstverständnis des Menschen. Der Mensch der Industriegesellschaft wird als materiell-eindimensionales Produkt eines fehlgeleiteten Wissenschafts- und Technikverständnisses angesehen.

Galilei und *Descartes* sind die Urväter des Sündenfalls einer analytischen Moderne, die Sinnzusammenhänge zerreißt, *Goethe* als „ganzheitliche Forscher“ ist das neue Vorbild.

So befremdlich uns diese Einstellung zunächst anmutet, da wir doch auf der Schule gelernt haben, daß *Goethe* für die Dichtkunst, *Newton* aber für die Spektralanalyse kompetent war – wir sollten uns auch hier vor voreiligem Spott hüten.

In der Tat unternehmen wir ja gegenwärtig in unserer Bildungspolitik nichts anderes, als mit enormem Aufwand wieder ein Stück emotionaler und musischer Erziehung der bloß kognitiven Wissensvermittlung hinzuzufügen, in der Hoffnung, daraus eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung des jungen Menschen formen zu können.

Und ebenso unzweifelhaft ist, daß auch die Naturwissenschaft, je tiefer ihr Wissen über die fließenden Grenzen zwischen Physik, Chemie und Biologie reicht, auf dem Wege ist, Zusammengehrendes wieder zusammenzudenken.

Nirgends steht geschrieben, daß die Aufklärung der Endpunkt der Philosophie, die Industriegesellschaft die Krone der Ökonomie und die 40-Stunden-Woche das Mindestmaß an Arbeit sei, dessen ein Mensch bedürfe.

Der ökologische Grundsatz also ist richtig – und dennoch, oder gerade deswegen, muß er vor den Polit-kologen, die ihn in Parteiprogramme pressen, geschtzt werden.

Denn die Politkologie in ihrer jetzigen Programmatik unterliegt zwei fundamentalen Irrtümern, die geeignet sind, die ökologische Ethik für den praktischen Gebrauch unfruchtbar zu machen.

Der eine Irrtum, wohl auf Unkenntnis beruhend, betrifft das Chancenpotential neuer Technologien, der andere Irrtum, den ich eher als Selbstbetrug klassifiziere, bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und sozialer Sicherung.

Auf die neuen Technologien reagiert ein Grotil der alternativen Bewegung mit allen Anzeichen der Überforderung. Weil die Übersicht verlorengegangen ist, wird nicht mehr kritisch geprüft und selektiert, sondern nur noch ein generelles „Halt“ gerufen und die Rückkehr auf jene Technikstufe verlangt, die man gerade noch versteht.

Nun wird jeder von uns einräumen, daß die Funktionsweise moderner Computer-, Laser- oder Glasfasertechnik ein Buch mit sieben Siegeln ist, ja, daß sich die inzwischen erreichten Übertragungsgeschwindigkeiten und Leitungskapazitäten dem Vorstellungsvermögen schlichtweg entziehen.

Aber müssen wir wirklich alles technisch begreifen, um es handhaben, beurteilen und nutzen zu können? Setzen wir uns in ein Flugzeug, weil wir wissen, wie der Autopilot funktioniert? Die Vorstellung ist absurd und bedeutet, zu Ende gedacht, nichts anderes, als sich in der Tat zum Sklaven der Technik zu machen.

Der Mensch ist kreativ, wenn und weil er es wagt, auch jenseits seines Wissens und seiner Lernfähigkeit zu handeln. Das Streben nach einer ganzheitlichen Entfaltung der Persönlichkeit darf nicht begrenzt werden durch die individuellen Schranken der Erkenntnisfähigkeit. Das hieße, das Rad der Entwicklung hinter *Leibniz* zurückdrehen zu wollen, es wäre ein Utopia des Mittelalters, und die mühsam errungenen bürgerlichen Freiheiten müßten praktisch von neuem erkämpft werden.

Damit ist bereits der soziale Selbstbetrug der grünen Ökologie angesprochen. Wer die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungspfade abrupt unterbricht und den Menschen Reservate einer Schein-Autarkie zuweist, zerstört das soziale Netz von Grund auf. Es ist gar nicht einsehbar, woher die Mittel und Motivation rühren sollten, um ein kollektives Sozialsystem zu unterhalten, das den autonomen und autarken Zielsetzungen geradewegs entgegenliefe.

Auf die Spitze wird dieser Selbstbetrug dadurch getrieben, daß nicht nur die Erhaltung der kollektiven Sozialstruktur, sondern sogar deren dynamischer Ausbau gefordert wird. Das Ganze hat in etwa die Logik des Vorschlags, alle motorisierten Verkehrsmittel abzuschaffen bei gleichzeitiger Aufstockung der staatlichen Fahrtkostenzuschüsse.

Hier findet eine ideologische Selbstblockade statt, die wiederum einen richtigen Denkansatz zerstört, weil der Mut zur Konsequenz fehlt. Denn in der Tat ist das Ziel, den Menschen in seiner Arbeitswelt wieder autonomer, weniger abhängig und weniger fremdbestimmt, zu machen, ein erstrebenswertes Ziel.

Seine Verwirklichung könnte eine der gravierendsten negativen Begleiterscheinungen der industriellen Entwicklung wenn nicht beseitigen, so doch entschärfen. Nur muß dann auch die soziale Frage der zumutbaren Selbstvorsorge anders als bisher beantwortet und der gesellschaftliche Wert kostenloser Solidarität neu durchdacht werden.

Wo die komplexe staatliche Versorgung mangels ökonomischer Zuwächse zu einem knappen, teuren Gut wird, stellt sich zwangsläufig die Frage nach der menschlichen Ressource „Solidarität“.

Damit bin ich beim letzten, schwierigsten Schritt meiner Überlegungen. Der Schutz der natürlichen Umwelt sollte, so war meine Aussage, in einer systemimmanenten Globalsteuerung seinen politischen Niederschlag finden. Die ökologischen Denkansätze einer Abkopplung von materiellen Konsumzuwächsen, einer ganzheitlichen Persönlichkeitsausbildung und einer stärkeren Arbeitsautonomie verdienen Unterstützung.

Wie läßt sich dieses einfügen in die konkrete geschichtliche Situation der Bundesrepublik Deutschland ein Jahr vor 1984?

Gibt es für eine hochentwickelte Wohlstandsgesellschaft einen Weg, Materialismus – als unerläßliche ökonomische Motivationskraft – und Idealismus – als ebenso unerläßliche soziale und kulturelle Integrationskraft – miteinander zu versöhnen?

Eröffnet uns die absehbare technische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt die Chance, dies zu versuchen? Und wenn ja, wer ist legitimiert für diesen Versuch?

Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, eine als detaillierte Handlungsrichtlinie verwendbare Antwort zu haben.

Aber ich habe eine recht konkrete Vorstellung der Prioritäten, die wir setzen müssen, um die Option auf eine humane Zukunft offen zu halten.

Es gibt, nach meinem Verständnis, zwei Zeiträume, die von verschiedenartigen Problemstellungen gekennzeichnet sind und daher auch verschiedenartige politische Handlungsstrategien erfordern.

Der erste Zeitraum, in etwa zu datieren bis 1995, konfrontiert uns mit Konfliktsituationen, die eindeutig *übergangsbedingt* sind. Von dem Maß, wie diese Konflikte bewältigt oder nicht bewältigt werden, wird der gesellschaftliche und individuelle Freiraum nach 1995 maßgeblich abhängen.

Mit anderen Worten: In den nächsten 10 Jahren besteht ein starker politischer Steuerungsbedarf. Danach haben wir entweder die Fundamente für ein neu stabilisiertes gesellschaftliches System so gelegt, daß ein merkbarer Zuwachs an individueller Freiheit und eine deutliche Verringerung staatlicher Regelungsdichte möglich ist – oder aber wir verwalten mit immensem Aufwand und geringer Effizienz die strukturellen Spätfolgen verpaßter Chancen.

In der Übergangphase muß die Reifung der Industriegesellschaft zur postindustriellen *Informationsgesellschaft* erfolgen. Andere Länder, die unsere wirtschaftlichen Partner und Konkurrenten sind, sind in diesem Reifungsprozeß weiter fortgeschritten als wir. Daher müssen Wirtschafts- und Forschungspolitik gezielte, massive Unterstützungen bieten, um den Strukturwandel ökonomisch und technologisch vollziehbar zu machen.

Dieser Strukturwandel besteht im Kern darin, daß nach der physischen nunmehr auch ein Teil der intellektuellen Arbeitskapazität des Menschen durch Maschinen ersetzbar wird. Wie in der ersten industriellen Revolution gehen damit erhebliche soziale Probleme einher. Ein dauerhaft hoher Sockel an struktureller Arbeitslosigkeit ist die sichtbarste Folge.

Aufgabe der Politik ist es, zu verhindern, daß aus den Arbeitslosen der Achtziger Jahre das „Proletariat“ der Informationsgesellschaft wird. Diese Aufgabe ist lösbar, wenn folgende Punkte konsequent angegangen werden:

Erstens: Die *Arbeitslosen* des Übergangs – vor allem Jugendliche – müssen mit Programmen, in deren Finanzierung sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft teilen, zu *Beschäftigten* des Übergangs werden. Sie müssen Chance zu Tätigkeiten erhalten, von denen sie wissen, daß sie nicht ihre berufliche Dauerstellung sein wird. Sie werden nicht 40 Stunden arbeiten, sondern 20–25 Stunden, dafür aber ein Gehalt beziehen, das deutlich über dem Satz der Arbeitslosenunterstützung liegt.

Ihre Freizeit werden sie, im Bewußtsein des Übergangscharakters ihrer Tätigkeit, zur beruflichen Orientierung, Weiterbildung und Höherqualifizierung nutzen. Hierzu muß ihnen ein ausgebautes und verbessertes duales Fortbildungssystem zur Verfügung stehen.

Sie werden im übrigen keinesfalls gesellschaftlich minderwertige Arbeit verrichten – im Gegenteil: Mit ihrer Hilfe können Unterrichtsausfälle überbrückt, Sicherheitspläne vorzeitig erfüllt, Pflegekosten in Grenzen gehalten und Umweltprogramme beschleunigt werden.

Zweitens: Die Inhaber traditioneller Besitzstände werden zu zumutbaren und individuell variablen *Solidaritätsopfern* herangezogen.

Im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft bedeutet dies einen Abbau von 13. und 14. Monatsgehältern, eine Reduzierung von Überstunden sowie steuerlichen Maßnahmen, die eine stärkere Differenzierung zwischen konsumtiv und investiv verwendetem Vermögen erlauben. Ein eminent wichtiger Solidaritätsbeitrag, der von vielen nicht als Opfer, sondern als Bereicherung empfunden wird, besteht in Arbeitszeitverkürzungen.

Das Zusammenwachsen der mikroelektronischen und der kommunikativen Technologien zu computerisierten Arbeitsplätzen erweitert rasch die Möglichkeiten einer flexiblen Arbeitsgestaltung.

Drittens: Das System der offenen Hilfe muß konsequent ausgebaut werden, wobei der Anteil hauptberuflicher Kräfte zurückgeht, während die Zahl freiwilliger oder ehrenamtlicher Helfer zunimmt.

Viertens: Die Gesellschaft verstärkt ihr kulturelles Freizeitangebot und unterstützt private, soziale, kulturelle und ökologische Aktivitäten. Das aus Arbeitszeitverkürzungen resultierende erhöhte Freizeitvolumen wird nicht reglementiert, aber durch Leistungsreize dynamisiert.

Und fünftens: Die *Ausländerpolitik* verfolgt den eingeschlagenen Weg, bei Integration der zweiten und dritten Ausländergeneration zugleich weitere Nachzüge stringent zu unterbinden. Damit wird der Gefahr vorgebeugt, daß zwischen Deutschen und Ausländern Arbeitsverteilungskämpfe entstehen und der notwendige technologische Strukturwandel durch den Rückgriff auf vermeintlich billige menschliche Arbeitskraft zum Schaden Aller weiter verzögert wird.

Soweit, in groben Zügen, die politischen Prioritäten in der *Übergangszeit*. Ich kann sie im Rahmen dieses Vortrags nicht vertiefen. Ich hoffe aber, daß die *Richtung* deutlich geworden ist: Sie zielt auf eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz des Wandels zur Informationsgesellschaft durch wirtschaftliche Förderung, berufliche Weiterbildung, Milderung der übergangsbedingten Härten und Nutzung freiwerdender sozialer und kultureller Leistungspotentiale.

Welches *gesellschaftliche* Bild könnte am Ende dieses schwierigen Weges stehen, und finden wir darin genügend Faktoren wieder, die nach unserem Verständnis das Prädikat „human“ verdienen? Dieser Ausblick soll am Schluß der Suche nach den Voraussetzungen einer humanen Umwelt stehen.

Ich habe wenig Zweifel, daß sich mit der mikroelektronischen und informationstechnischen Durchdringung nahezu aller wirtschaftlichen und dienstleistenden Bereiche der *Stellenwert der Arbeit* erheblich wandeln wird. Für viele wird die tägliche physische Arbeitsbelastung so verringert sein, daß es schlechterdings keinen Sinn mehr macht, „zu leben, um zu arbeiten“.

Da die Einkommensverhältnisse sich aber nicht in dem Maße weiterentwickeln, daß die Freizeit zu immer exotischeren Reisen oder aufwendigeren Hobbies genutzt werden kann, entwickelt sich ein Bedarf nach kreativen Tätigkeitsfeldern in der häuslichen oder kommunalen Umgebung.

Man wird nach Möglichkeiten suchen, für Menschen oder Güter persönliche Verant-

wortung zu tragen, um sich dadurch des eigenen Wertes zu versichern und sich ein Stück weit aus der Gemeinschaft herauszuheben. Die einen werden dies in Form einer intensiven Hinwendung zur Familie tun, die anderen durch handwerkliche Leistungen oder künstlerische Versuche, wieder andere durch Übernahme sozialpflegerischer oder umweltschützender Aufgaben.

Der Mensch akzeptiert die partielle Überlegenheit der modernen Technik, indem er sie in Dienst stellt und mit neuen Bedürfnissen und neuen Fähigkeiten in andere, nicht substituierbare Bereiche ausweicht. Daraus entwickeln sich neue Berufsbilder – vom Informationsmakler bis zur Handwerkergemeinschaft, die in erster Linie Beratungsdienste zum Do-it-yourself verkauft, weil das traditionelle Leistungsangebot zu teuer geworden ist.

Das Erfordernis lebenslanger Lernbereitschaft baut einerseits Autoritätsansprüche ab, die sich lediglich auf Alter oder Hierarchie begründen; andererseits werden Werterfahrungen, die vom raschen kognitiven Wandel unberührt bleiben, zu einem begehrten Gut.

Die Politik muß, in diesem Szenario, einen wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Grundrahmen sichern. Darüberhinaus ist sie, als Innenpolitik, weitgehend entbehrlich – vorausgesetzt, sie hat es bis dahin geschafft, auch die Bürokratie entsprechend zu verkleinern.

Hingegen wird ihr Gewicht im *außenpolitischen* und vor allem entwicklungshilfepolitischen Bereich deutlich zunehmen. Denn die gelungene Stabilisierung im Innern steht in krassem Gegensatz zu den weltweiten Verteilungungerechtigkeiten. Mit der Intensivierung der Telekommunikation wächst die Nähe und damit – so ist zu hoffen – die persönliche Betroffenheit angesichts von Hunger und Elend in der Dritten Welt.

Pointiert gesagt: Wir müssen bis zum Jahr 2000 für unsere innenpolitischen Probleme ein weitgehend sich selbst regulierendes und ausgleichendes System errichtet haben, weil die darauf folgenden Jahrzehnte alle politischen und wirtschaftlichen Kräfte binden werden, um 5–6 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern ein existentielles Minimum zu sichern.

Unsere eigenen gesellschaftlichen Fortschritte sind also nicht Ziel und Endzweck, sondern nur Durchgangsstufe auf dem langen Weg zu einer weltweiten Humanität. Diese Aufgabe aber werden wir, die wir jetzt Verantwortung tragen, mit Sicherheit nicht mehr bewältigen können. Wir müssen sie weitergeben als Auftrag und Verpflichtung an unsere Kinder.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit den Kreis und kehre zum Ausgangspunkt zurück. Ich bin mir bewußt, daß ich vermutlich mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet habe – dies ist am Beginn eines säkularen Wandlungsprozesses, dessen Zeugen und Mitgestalter wir sind, wohl auch nicht anders möglich.

Wir sollten uns aber auf das Wagnis einlassen, nach neuen Wegen und Maßstäben einer humanen Zukunft zu suchen. Als Maxime mag uns dabei das Wort des Apostel *Paulus* dienen, das da lautet: „Prüfet alles und behaltet das Beste“.